

KOMMENTAR: VORSICHT, PRIVATWIRTSCHAFT

Ein Luxemburg-Paradoxon unter Vielen. Obwohl wir im reichsten Land der Erde wohnen, haben wir ein recht ambivalentes Verhältnis zur Wirtschaft. Wir mögen es nicht, daran erinnert zu werden, dass Rentenanpassungen, Mindestloohnerhöhungen und Umverteilungsmaßnahmen nicht nur eine Frage des politischen Willens der jeweiligen Regierungskoalition sind, sondern schlussendlich das Ergebnis unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Wer die Patenschaft dieser Leistungsfähigkeit für sich beanspruchen kann ist in der Regel eine Interpretationsfrage. Läuft alles gut, tut dies normalerweise die Regierung. Die Regierung hat die Arbeitslosigkeit gesenkt, das Wachstum angekurbelt, die Weichen für die Zukunft gestellt...

Läuft es weniger gut, ist es wegen der schlechten internationalen Konjunktur, der Globalisierung, wegen denen in Brüssel...

Was wir gar nicht vertragen, ist wenn Wirtschaftsvertreter diesbezüglich eine Meinung oder einen Standpunkt vertreten oder sogar am politischen Prozess beteiligt sind. Da steht sofort der Verdacht der unrechtmäßigen und verdeckten Einflussnahme im Raum.

Jüngstes Praxisbeispiel ist die Aufregung darüber, dass ein Staatsrat, der privat für eine Beratungsfirma tätig ist, das Gutachten zur Steuerreform verfasst hat. Von der Tatsache einmal abgesehen, dass die schärfste Waffe des Staatsrates darin besteht, die Annahme einer Gesetzesvorlage um drei Monate zu verzögern, muss man sich doch die Frage stellen, warum parlamentarische und außerparlamentarische politische Arbeit anscheinend Beamten, Gewerkschaftlern und Aktivisten vorbehalten sein soll.

Es findet in diesem Teil der öffentlichen Meinung niemand ein Haar in der Suppe, wenn ein Gewerkschaftsvertreter oder Beamte in der Regierung, im Parlament oder im Staatsrat einen Gesetzesentwurf auf die Schienen bringt, abändert oder begutachtet.

Warum schrillen sofort überall die Alarmglocken, wenn jemand aus der Privatwirtschaft am politischen Geschehen teilnimmt?

Ein Erklärungsansatz kann darin liegen, dass Gewerkschaftler, Beamte und Aktivisten als Teil des politischen Systems wahrgenommen und akzeptiert werden, während die Wirtschaft und ihre Vertreter immer als Außenstehende gesehen werden.

Auch die in Arbeitgeberkreisen viel bedauerte Tatsache, dass die Politik anscheinend stärker auf die Gewerkschaften hört, kann teilweise durch den systemischen Ansatz erklärt werden. Während sich die Wirtschaft und ihre Vertreter immer außerhalb des politischen Systems befinden, funktionieren Gewerkschaften innerhalb der politischen Systemgrenze. Verhandlungen mit den Gewerkschaften oder politische Arbeit von Gewerkschaftlern finden also innerhalb des gleichen Systems statt, während Verhandlungen mit Wirtschaftsvertretern immer Verhandlungen zwischen zwei unterschiedlichen Systemen darstellen. Politik wird also immer ein „natürliches“ Verständnis für Gewerkschaftspositionen aufbringen, während Arbeitgeberpositionen oder Standpunkte offizieller oder vermeintlicher Wirtschaftsvertreter immer mit Vorbehalten aufgenommen werden.

Eine Diskussion in den Medien, ob Gewerkschaftsfunktionäre in der Abgeordnetenkammer sich dem Wähler, ihrer Partei oder ihrer Organisation verpflichtet fühlen und entsprechend handeln, fand bisher noch nicht statt. Im parteipolitisch besetzten Staatsrat ist das nicht anders. Auch da würde sich genaueres Hinschauen für die Medien lohnen, auch wenn es bequemer ist ein latentes Misstrauen zu bedienen.



Christian Reuter | Secrétaire général adjoint

T +352 42 45 11 - 28 | E c.reuter@fda.lu | I www.fda.lu



Passion for Pressure

Équipements - Fluides - Gaz
Technologies Appliquées



Air Solutions

L-9085 ETTTELBRUCK • ZAC Hall N° 9 • Tél. : 49 74 41 www.efg-ta.lu